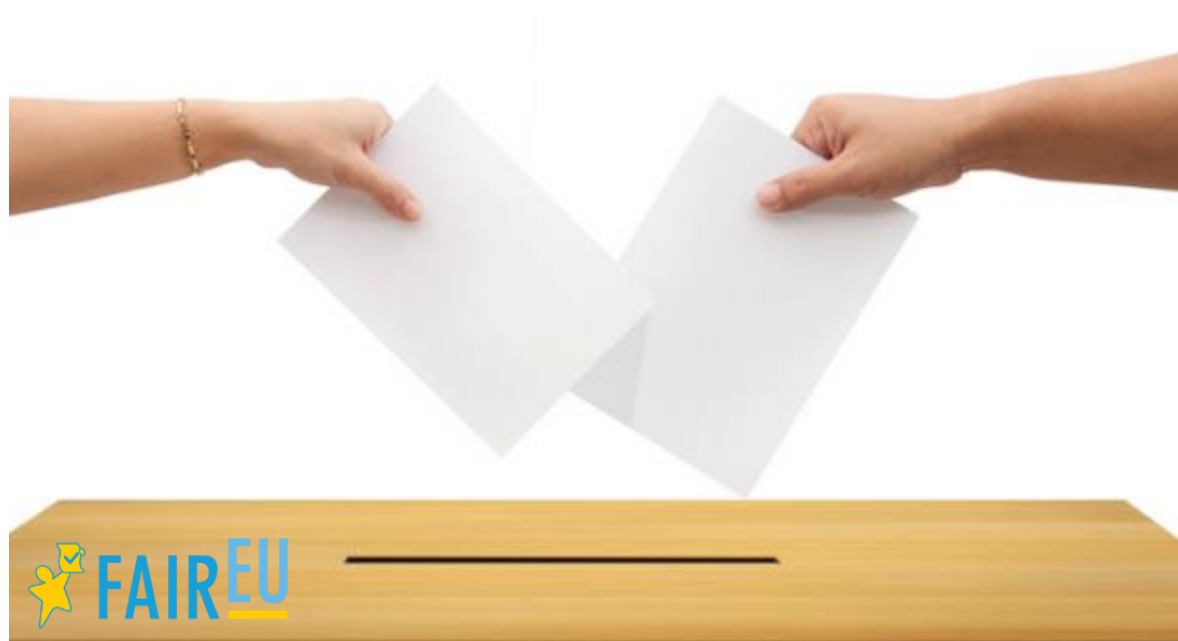


Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger und Bürgerinnen



Kurzdarstellung

ECAS Brüssel, April 2019

Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger und Bürgerinnen

Autorinnen: Anna Zaremba, Marrit Westerweel

Redakteurin: Assya Kavrakova

Diese Publikation wurde im Rahmen des FAIR EU-Projekts erstellt. FAIR EU wurde vom Programm der Europäischen Union für Rechte, Gleichstellung und Bürgerschaft (2014–2020) finanziert. Der Inhalt dieses Berichts spiegelt nur die Ansichten des Autors bzw. der Autorin wider und liegt in seiner/ihrer alleinigen Verantwortung. Die Europäische Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.



Co-funded by the Rights,
Equality and Citizenship (REC)
Programme of the European Union



Einleitung

Das Recht auf Freizügigkeit wird von EU-Bürgern sehr unterstützt und ist eine der am meisten geschätzten Errungenschaften der EU. Im Jahr 2017 lebten rund 17 Millionen EU-Bürger in einem anderen EU-Land als ihrem eigenen (Eurostat 2017).

Die Unionsbürgerschaft gibt jedem EU-Bürger bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Kommunalwahlen in seinem Wohnsitzmitgliedstaat das aktive und passive Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen wie die für Staatsangehörige dieses Landes. Aufgrund verschiedener Hindernisse und des mangelnden Bewusstseins ist die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger an Kommunal- und EU-Wahlen in ihren Aufnahmemitgliedstaaten jedoch weiterhin begrenzt.

Dieses Dokument soll eine Kurzdarstellung des „Syntheseberichts über die Hindernisse für die Freizügigkeit und ihre Auswirkungen auf die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger und Bürger“ bieten. Dieser Bericht, der im Rahmen des FAIR EU-Projekts¹ verfasst wurde, liefert eine Analyse der Hindernisse, die mobile Bürger der EU beim Umzug in einen anderen Mitgliedstaat, beim Leben in einem anderen Mitgliedstaat und beim Versuch, politisch aktiv zu sein, erleben.

Da der Ansatz des FAIR EU-Projekts auf der Annahme beruht, dass das Recht auf Freizügigkeit und das auf politische Beteiligung mobiler EU-Bürger eng miteinander verbunden sind, gibt diese Kurzdarstellung einen Überblick über die wichtigsten Herausforderungen für diese Rechte in Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Luxemburg und Portugal – den Ländern mit dem größten Anteil mobiler EU-Bürger an der Bevölkerung (Eurostat 2017) und dem niedrigsten Prozentsatz der für die Kommunalwahlen registrierten mobilen EU-Bürger². In diesen Mitgliedstaaten wurden sechs Fokusgruppen organisiert, um dieses Thema mit Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Rechtsexperten und Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Schließlich enthält der Bericht auch Empfehlungen für eine stärkere Einbeziehung in die Wahlen, Gleichstellung, Integrität und Beteiligung der mobilen EU-Bürger.

¹ <https://faireu.ecas.org/> (Stand 15. März 2019)

² Europäische Kommission, Bericht über die Anwendung der Richtlinie 94/80/EG über das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen, zugänglich unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52018DC0044> (Stand 15. März 2019)



Hindernisse für die Freizügigkeit

2017 machten die mobilen EU-Bürger fast 8 % der Gesamtbevölkerung in Belgien aus (Eurostat 2017). Zu den am häufigsten vertretenen Ländern gehören: Frankreich (12 %), Italien (12 %), Niederlande (12 %), Rumänien (6 %), Polen (5 %), Spanien (5 %), Portugal (3 %) und Deutschland (3 %)³.

EU-Bürger und ihre Familienangehörigen außerhalb der EU sehen sich bei der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit in Bezug auf ihr Aufenthaltsrecht und den Zugang zu sozialer Sicherheit und Gesundheitsversorgung verschiedenen Hindernissen gegenüber. Zu den häufigsten Problemen gehören:

- lange Verzögerungen beim Erhalt von Aufenthaltsdokumenten;
- regelmäßige polizeiliche Überprüfung des Aufenthalts von EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen;
- strenge Auslegung bestimmter Konzepte, wie „ausreichende Ressourcen“ und „unzumutbare Belastung“ des Sozialversicherungssystems, was zur Verweigerung von Aufenthaltsrechten und Ausweisungen führt: 2016 erhielten 1.918 mobile EU-Bürger eine Ausweisungsverfügung mangels ausreichender wirtschaftlicher Ressourcen⁴;
- übermäßige Anforderungen und ungerechtfertigte Gründe für die Verweigerung von Visa für Familienangehörige von EU-Bürgern aus Drittländern.

Hindernisse für die politische Beteiligung in Belgien

Bei den letzten Kommunalwahlen in Belgien im Oktober 2018 registrierten sich nur 17,45 % der zugelassenen mobilen EU-Bürger im Wählerverzeichnis. Das Interesse der mobilen EU-Bürger an den Europawahlen ist noch geringer: Nur 10 % von ihnen meldeten sich für die Wahlen 2014 an⁵.

Die folgenden Punkte gelten als wichtigste Hindernisse für die politische Beteiligung:

- obligatorische Wahl: Mobile EU-Bürger, die sich im Wählerverzeichnis entweder für Kommunal- oder EU-Wahlen einschreiben, sind verpflichtet, regelmäßig zu wählen – es sei denn, sie beantragen die Streichung aus dem Verzeichnis;
- eingeschränkte Verfügbarkeit von Informationen über den Registrierungsprozess;
- fehlende Beteiligung belgischer Politiker und politischer Parteien;
- Pflicht zur Eintragung in das Wählerverzeichnis einige Monate vor den Wahlen. Viele ausländische Bürger, die häufig beruflich reisen, wissen nicht, ob sie am Wahltag in Belgien sein werden, sodass die Verpflichtung zur Stimmabgabe durch die Registrierung im Wählerverzeichnis Monate im Vorfeld eine Einschränkung sein kann.

³ https://www.myria.be/files/MIGRA2018_FR_C2.pdf (Stand 15. März 2019)

⁴ FEANTSA, Fitness Check Report for Belgium. A review of the state of compliance of Belgium's implementation of Directive 2004/38 on residence rights of EU citizens and their family members, 2018, verfügbar unter:

https://www.feantsa.org/download/prodec-legal-fitness-check_belgium1860392861562691280.pdf (Stand 15. März 2019)

⁵ CSES, Final Report Study on the Conduct of the 2014 Elections to the European Parliament, 2015, zugänglich unter https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/final_report_2014_ep_elections_study_cses_10_march_2015_en.pdf (Stand 15. März 2019)

Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung

Die Teilnehmer der Fokusgruppe in Brüssel waren sich einig, dass einige Hindernisse, die mobilen EU-Bürgern in Bezug auf ihre Freizügigkeit begegnen, negative Auswirkungen auf die politische Integration und die Bereitschaft zur Teilnahme an den Kommunalwahlen haben könnten.

Insbesondere langwierige Termine, Anträge auf unnötige Dokumente und Verzögerungen bei der Beantragung der Aufenthaltserlaubnis können mobile EU-Bürger abschrecken und ihre Beteiligung am lokalen politischen Leben behindern.

Auch die Gefahr, aus dem Land ausgewiesen zu werden, wurde als entmutigender Faktor erkannt. Mobile EU-Bürger in unregelmäßigen Sach- und Arbeitssituationen werden sich nicht in ihrer örtlichen Gemeinde registrieren lassen, weil sie eine Ausweisung befürchten, und deshalb nicht an den Wahlen teilnehmen können.

FRANKREICH

Hindernisse für die Freizügigkeit

2015 lebten 1.504 Millionen mobile EU-Bürger in Frankreich, was 2,3 % der gesamten Landesbevölkerung entspricht. Die meisten von ihnen kamen aus Italien (4,5 %), Portugal (4,3 %), dem Vereinigten Königreich (4,3 %), Spanien (3,6 %) und Rumänien (3,2 %) ⁶.

EU-Bürger und ihre Familienangehörigen außerhalb der EU stoßen bei der Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit in Frankreich auf verschiedene Hindernisse. Zu den hartnäckigsten Problemen gehören:

- Schwierigkeiten beim Erhalt von Aufenthaltsdokumenten. Französische Ämter weigern sich oft, Aufenthaltsdokumente an EU-Bürger auszustellen, da es keine Verpflichtung für mobile EU-Bürger gibt, sich in Frankreich zu registrieren. Dies schafft Schwierigkeiten für diejenigen, die nachweisen müssen, dass sie in Frankreich wohnen, um Sozialleistungen zu erhalten;
- Probleme beim Zugang zu bestimmten Sozialleistungen aufgrund mangelnder Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und/oder Schwierigkeiten bei der Bestimmung des zuständigen Staates;
- diskriminierende Praktiken bei Studiengebühren, Zugang zu Bildung und Anerkennung von akademischen Abschlüssen;
- Schwierigkeiten bei der Beantragung eines Visums oder eines Aufenthaltstitels, wenn die Heiratsurkunde von einem Nicht-EU-Land ausgestellt wurde.

Hindernisse für die politische Beteiligung

2014 registrierten sich 23 % und 20 % der mobilen EU-Bürger für die Kommunal- bzw. Europawahl ⁷.

Zu den wichtigsten Hindernissen für die politische Beteiligung in Frankreich, die im Rahmen der Studie ermittelt wurden, zählen:

- komplexe Registrierungsverfahren bei Wahlen;
- fehlende Vorregistrierungskampagnen durch die nationalen Behörden;
- eingeschränkte Verfügbarkeit von Informationen über den Registrierungsprozess;

⁶ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3633212> (Stand 15. März 2019)

⁷ <https://www.insee.fr/fr/statistiques/1379723#graphique-figure1> (Stand 15. März 2019)

- begrenzte Anzahl von Öffentlichkeitskampagnen, die von lokalen Behörden durchgeführt werden.

Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung

Mobile EU-Bürger und ihre Familienangehörigen außerhalb der EU stoßen bei der Beantragung ihrer Aufenthaltsdokumente oder beim Versuch, Zugang zu Sozialleistungen zu erhalten, auf Hindernisse und Verzögerungen. Angesichts dieser negativen Erfahrungen fühlen sich einige EU-Bürger möglicherweise nicht ermutigt, sich in das Wählerverzeichnis einzutragen, da sie ähnlich aufwendige Verfahren erwarten. Darüber hinaus können EU-Bürger, die Schwierigkeiten bei der Wiedervereinigung mit ihren Familienangehörigen aus Drittländern haben, zu sehr mit ihrem Familienleben beschäftigt sein, um die politische Beteiligung für relevant zu halten.

Mobile EU-Bürger haben Schwierigkeiten bei der Registrierung als Einwohner in Frankreich, da es keine gesetzliche Verpflichtung dazu gibt. Gleichzeitig müssen sie ihren Wohnsitz nachweisen, um in das Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden. Obwohl die französischen Behörden andere Aufenthaltsnachweise als eine Meldebescheinigung akzeptieren, können die Vorgehensweise und die Verfahren für einige mobile EU-Bürger zu aufwendig sein.

LUXEMBURG

Hindernisse für die Bewegungsfreiheit

2018 wohnten 244.400 mobile EU-Bürger in Luxemburg. Am stärksten vertreten sind Portugal (40 %), Frankreich (18,7 %), Italien (9 %), Belgien (8 %) und Deutschland (5,6 %).⁸

Während die Reise nach oder das Leben in Luxemburg für viele Menschen reibungslos verläuft, gibt es einige mobile EU-Bürger, die auf anhaltende Hindernisse stoßen, wie beispielsweise:

- übermäßige Anforderungen während des gesamten Prozesses der Beschaffung von Aufenthaltsdokumenten, insbesondere für Selbstständige und Studierende;
- Schwierigkeiten beim Zugang zu bestimmten Sozialleistungen aufgrund mangelnder Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden;
- Diskriminierung und Schwierigkeiten beim Zugang zu Beschäftigung oder bei der Gründung eines eigenen Unternehmens.

Hindernisse für die politische Beteiligung

2018 waren nur 20.660 mobile EU-Bürger in das Wählerverzeichnis für die EU-Wahlen eingetragen, was 15 % der wahlberechtigten Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig registrierten sich 23 % von ihnen im Wählerverzeichnis für die Kommunalwahlen.

Die folgenden Themen wurden als Hindernisse für die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger erkannt:

- kompliziertes Wahlsystem (proportionale oder Mehrheitssysteme, je nach Größe der Gemeinde; verschiedene Stimmformen);
- obligatorische Wahl;

⁸ <https://statistiques.public.lu/catalogue-publications/luxembourg-en-chiffres/2018/luxembourg-chiffres.pdf>

- Sprachbarriere: Die Mehrsprachigkeit ist ein Teil des täglichen Lebens der in Luxemburg lebenden Menschen, sowohl rechtlich als auch sozial, da verschiedene Kantone Französisch, Deutsch und/oder Luxemburgisch verwenden;
- geringe Sichtbarkeit ausländischer Kandidaten bei den Wahlen;
- die Aufenthaltsklausel für Kommunalwahlen: Um wahlberechtigt zu sein, müssen sich mobile EU-Bürger seit mindestens 5 Jahren in Luxemburg aufhalten und dies im letzten Wohnjahr vor dem Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis ununterbrochen⁹;
- Anmeldepflicht weit im Voraus (EU-Bürger müssen sich spätestens 87 Tage vor den bevorstehenden Wahlen anmelden¹⁰).

Hindernisse für die Bewegungsfreiheit und die politische Beteiligung

Die Teilnehmer der Fokusgruppe in Luxemburg erwähnten, dass die negativen Erfahrungen, Hindernisse und Diskriminierungen, die mobile EU-Bürger im Umgang mit luxemburgischen Beamten erfahren, negative Auswirkungen auf ihr Zugehörigkeitsgefühl und den Integrationsprozess haben könnten. Infolgedessen werden mobile EU-Bürger, die sich unwillkommen fühlen, die politische Beteiligung nicht für relevant halten.

Aufgrund der mangelnden Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten laufen einige mobile EU-Bürger Gefahr, vom Zugang zu bestimmten Sozialleistungen ausgeschlossen zu werden, sodass sie möglicherweise nicht über ausreichende Ressourcen verfügen. Bürger in dieser Situation werden die politische Beteiligung wahrscheinlich nicht als persönliche Priorität betrachten.



PORTUGAL

Hindernisse für die Freizügigkeit

2017 gab es 136.886 mobile EU-Bürger in Portugal, von denen die meisten aus folgenden Ländern kamen: Rumänien (22,5 %), Vereinigtes Königreich (16 %), Frankreich (11 %), Italien (9 %) und Spanien (9 %).¹¹

Die hartnäckigsten Hindernisse, die von mobilen EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen außerhalb der EU gemeldet werden, betreffen das Aufenthaltsrecht und den Zugang zu Sozialleistungen, einschließlich:

- Schwierigkeiten bei der Beantragung eines Visums oder eines Aufenthaltstitels, wenn die Heiratsurkunde von einem Nicht-EU-Land ausgestellt wurde;
- übermäßige Anforderungen an mobile EU-Bürger, ihre Aufenthaltsdokumente zu erhalten;
- Diskriminierung aufgrund der Nationalität;
- Probleme beim Zugang zu bestimmten Sozialleistungen, z. B. Renten, aufgrund von Verzögerungen bei der Kommunikation zwischen Portugal und einem anderen Mitgliedstaat.

⁹ Besch S. et al., Report on Political Participation of Mobile EU Citizens: Luxemburg, 2019, zugänglich unter: https://faireu.ecas.org/wp-content/uploads/2019/02/FAIREU_Luxembourg.pdf (Stand 15. März 2019)

¹⁰ Ibid.

¹¹ Oliveira C.R. et al., Report on Political Participation of Mobile EU Citizens: Portugal, 2019, zugänglich unter: https://faireu.ecas.org/wp-content/uploads/2019/02/FAIREU_Portugal-1.pdf (Stand 7. März 2019)

Hindernisse für die politische Beteiligung

2017 waren 14.194 mobile EU-Bürger, 12,3 % der wahlberechtigten Bevölkerung, in Portugal in das Wählerverzeichnis eingetragen. Deutsche Bürger weisen die höchste Registrierungsquote auf (22 %), gefolgt von Luxemburgern (19,7 %), Niederländern (17,2 %), Belgiern (17,1 %) und Spaniern (16,2 %). EU-Bürger mit Wohnsitz in Portugal, die die niedrigsten Registrierungsdaten haben, sind dagegen Bulgaren (4,4 %), Rumänen (2,9 %) und Polen (2,1 %).¹²

Die folgenden Punkte gelten als grundlegende Hindernisse für die politische Beteiligung:

- fehlende automatische Registrierung;
- fehlende systematische und regelmäßige Informationskampagnen, die speziell auf die mobilen EU-Bürger zugeschnitten sind.

Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung

Frustrierende Erfahrungen mit der portugiesischen öffentlichen Verwaltung für mobile EU-Bürger wie auch für ihre Familienangehörigen außerhalb der EU können die Bereitschaft der Bürger beeinflussen, sich am lokalen politischen Leben zu beteiligen.

Insbesondere Schwierigkeiten beim Erhalt von Aufenthaltstiteln für Nicht-EU-Familienangehörige können einen direkten Einfluss auf das Leben von EU-Bürgern haben. Ohne Aufenthaltstitel ist es unmöglich, eine Arbeit anzunehmen oder allein schon eine Wohnung zu mieten. Dies kann sich auf die sozioökonomische Situation der mobilen EU-Bürger auswirken, die sich auf die Sicherung der Zukunft ihrer Familie und nicht auf die Beteiligung am lokalen politischen Leben in Portugal konzentrieren werden.

IRLAND

Hindernisse für die Freizügigkeit

2016 wohnten 408.098 mobile EU-Bürger in Irland. Die meisten von ihnen waren britische, polnische, litauische und rumänische Staatsangehörige¹³.

Folgende Hindernisse wurden in Bezug auf die Freizügigkeit und das Aufenthaltsrecht festgestellt:

- Schwierigkeiten beim Zugang zu Sozialwohnungen aufgrund der aktuellen Wohnungsnot in Irland;
- übermäßige Anforderungen und Verzögerungen bei der Ausstellung von Daueraufenthaltsdokumenten;
- Verzögerungen bei der Erteilung von Visa für Familienangehörige von EU-Bürgern aus Drittländern (einige Bürger haben Verzögerungen von mehr als einem Jahr gemeldet);
- Verzögerungen und übermäßige Dokumentationsanforderungen bei den Aufenthaltsdokumenten von Familienangehörigen von EU-Bürgern aus Drittländern.

¹² Oliveira C. et al., Indicadores de Integração de Imigrantes Relatório Estatístico Anual 2018, 2018, zugänglich unter: <https://www.om.acm.gov.pt/documents/58428/383402/Relat%C3%B3rio+Estat%C3%ADstico+Anual+2018+%E2%80%93+Indicadores+de+Integra%C3%A7%C3%A3o+de+Imigrantes.pdf/00de4541-b1ad-42ed-8ce9-33056321ecdb> (Stand 7. März 2019)

¹³ Coutts S., Report on Political Participation of Mobile EU Citizens: Irland, 2018, zugänglich unter: https://faireu.ecas.org/wp-content/uploads/2019/02/FAIREU_Ireland.pdf (Stand 15. März 2019)

Hindernisse für die politische Beteiligung

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament waren 71.735 mobile EU-Bürger stimmberechtigt. Von diesen waren 51.490 britische Staatsbürger¹⁴.

Die folgenden Themen wurden als Hindernisse für die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger erkannt:

- fehlende automatische Registrierung im Wählerverzeichnis;
- Beteiligung der Polizei an der Registrierung für die EU-Wahlen (mobile EU-Bürger müssen ein Dokument vorlegen, in dem sie erklären, dass sie nicht an den Wahlen zum Europäischen Parlament in einem anderen Mitgliedstaat teilnehmen werden, dies muss von einem Polizisten (Garda Síochána) bezeugt und unterzeichnet werden)¹⁵;
- begrenzte Anzahl von Öffentlichkeitskampagnen, die von nationalen und lokalen Behörden durchgeführt werden;
- geringes Engagement der politischen Parteien für Migrantengemeinschaften.

Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung

Einige Hindernisse, auf die mobile EU-Bürger in Irland stoßen, können sich negativ auf ihre Bereitschaft auswirken, sich am politischen Leben in ihrem Gastland zu beteiligen. Die Teilnehmer der Fokusgruppe in Dublin erwähnten insbesondere die Wohnungsnot, die gefährdete mobile EU-Bürger unverhältnismäßig stark getroffen und ihre Rechte untergraben haben könnte.

Besonders hartnäckig sind die Hindernisse für Familienangehörige von mobilen EU-Bürgern aus Drittländern. Extrem lange Verzögerungen bei Visa und Aufenthaltstiteln erschweren sowohl dem Drittstaatsangehörigen als auch dem EU-Ehepartner das normale Leben. So können EU-Bürger, deren Familienleben gefährdet ist, die lokale politische Beteiligung für nicht relevant halten.

GRIECHENLAND

2011 wohnten 199.121 mobile EU-Bürger¹⁶, von denen die meisten aus Bulgarien, Rumänien, dem Vereinigten Königreich, Zypern und Polen kamen, in Griechenland.

Die hartnäckigsten Hindernisse, die von mobilen EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen außerhalb der EU gemeldet wurden, sind:

- die Anforderung, den Besitz ausreichender Ressourcen (in der Regel ein Mindestbetrag von 4.000 €) nachzuweisen, um Aufenthaltsdokumente zu erhalten;
- Verweigerung des Aufenthaltsrechts aus unzulässigen Gründen;
- Schwierigkeiten bei der Beantragung eines Visums oder eines Aufenthaltstitels, wenn die Heiratsurkunde von einem Nicht-EU-Land ausgestellt wurde.

¹⁴ Ibid.

¹⁵ <https://www.immigrantcouncil.ie/vote> (Stand 15. März 2019)

¹⁶ Christopoulos D. Report on Political Participation of Mobile EU Citizens: Griechenland, 2018, zugänglich unter: https://faireu.ecas.org/wp-content/uploads/2019/02/FAIREU_Greece.pdf (Stand 15. März 2019)

Hindernisse für die politische Beteiligung

Wie in allen EU-Mitgliedstaaten haben mobile EU-Bürger auch in Griechenland das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und EU-Wahlen. Seit 2019 haben sie mit dem Inkrafttreten des Gesetzes 4555/2018 (FEK 133/A/19-7 2018 auch das Recht, an den Regionalwahlen im Land teilzunehmen¹⁷.

Nach den neuesten statistischen Daten haben sich 19.102 mobile Bürger (fast 10 %) im Wählerverzeichnis für die Kommunalwahlen und 13.098 (6,8 %) für die Wahlen zum Europäischen Parlament registriert¹⁸.

Die politische Beteiligung mobiler EU-Bürger wird durch folgende Hindernisse erschwert:

- fehlende automatische Registrierung;
- Verpflichtung zur erneuten Registrierung vor jeder einzelnen Wahl;
- Verpflichtung zur Eintragung in das Wählerverzeichnis einige Monate vor den Wahlen, z. B. für die EU-Wahlen 2019 spätestens am 28. Februar 2019;
- fehlende systematische und regelmäßige Informationskampagnen der nationalen und lokalen Behörden.

Hindernisse für die Freizügigkeit und die politische Beteiligung

Die Teilnehmer der Fokusgruppe in Athen waren sich einig, dass einige überzogene Anforderungen, denen mobile EU-Bürger in Griechenland ausgesetzt sind, z. B. der Nachweis ausreichender Ressourcen, nicht nur gegen das EU-Recht verstoßen, sondern auch die Beteiligung mobiler EU-Bürger am lokalen Leben beeinträchtigen können. Die griechischen Behörden überprüfen ausreichende Ressourcen selbst für Bürger, die länger in Griechenland leben. Dies wiederum kann das Zugehörigkeitsgefühl der EU-Bürger untergraben und ihre Wahlbereitschaft verringern.

Die Fokusgruppe stimmte auch darin überein, dass übermäßige administrative Anforderungen, denen Familienangehörige von EU-Bürgern aus Drittländern in Bezug auf Aufenthaltsbescheinigungen, Daueraufenthaltsbescheinigungen und Meldebescheinigungen ausgesetzt sind, als ein Hindernis für die Ausübung der Freizügigkeit angesehen werden können, was wiederum die politischen Rechte mobiler EU-Bürger beeinflussen kann.

¹⁷ <https://www.lawspot.gr/nomikes-plierofories/nomothesia/nomos-4555-2018> (Stand 15. März 2019)

¹⁸ Christopoulos D. Report on Political Participation of Mobile EU Citizens: Griechenland, 2018, zugänglich unter: https://faireu.ecas.org/wp-content/uploads/2019/02/FAIREU_Greece.pdf (Stand 15. März 2019)

Empfehlungen

Wahlregistrierung

Einführung einer automatischen oder quasi-automatischen Wählerregistrierung für Kommunalwahlen

Einführung der Möglichkeit der Online-Registrierung für Wahlen

Die Behörden sollten die EU-Bürger schon anlässlich des ersten Treffens, z. B. im Rahmen des Verfahrens zur Aufenthaltserlaubnis, über die Möglichkeit informieren, sich in das Wählerverzeichnis einzutragen.

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Die Behörden sollten mobilen EU-Bürgern mehr Informationen über das Wahlrecht und die Registrierung von Wählern in mehreren Sprachen zur Verfügung stellen.

Informations- und Öffentlichkeitskampagnen sollten regelmäßig durchgeführt werden und sich an verschiedene sozioökonomische Gruppen und Altersgruppen richten.

Die Behörden sollten neue Wege zur Einbeziehung der Bürger nutzen (Social Media, Online-Kampagnen).

Botschaften und Konsulate sollten eine aktivere Rolle bei der Kommunikation mit ihren Staatsangehörigen spielen.

Erziehung zur Staatsbürgerschaft

Öffentlichkeitskampagnen sollten sich nicht nur auf die Registrierungsverfahren beschränken, sondern sich auch auf die Sensibilisierung für die politischen Systeme, die Rolle der lokalen Behörden, das Europäische Parlament usw. konzentrieren.

Schulen und Bildungseinrichtungen sollten die Erziehung zur Staatsbürgerschaft fördern.
